

Stellungnahme Änderung Prämienverbilligungsgesetz

* = obligatorische Eingabe

Angaben zur Person

Nachname* Birrer-Kirchhofer

Vorname* Cornelia

Funktion* Fraktionssekretariat

Behörde/ Institution/ Organisation* SVP Kanton Luzern

Strasse Nr. Sekretariat / Postfach

PLZ 6000

Ort* Luzern

Telefonnummer* 079 789 91 03

E-Mail* fraktion@svplu.ch

Allgemeine Würdigung der Vernehmlassungsvorlage

Sind Sie grundsätzlich mit dem Änderungsentwurf einverstanden?

Konkrete Rückmeldungen zu einzelnen Kapiteln und Paragraphen erfassen Sie bitte direkt in den entsprechenden Antwortfeldern.

Antwort*

☐ Ja, aus folgenden Gründen:

☒ Nein, aus folgenden Gründen:

Begründung

Siehe Behandlung in den Fragen.

Max. 50000 Zeichen

Fragen zu den Änderung

1. Haben Sie Bemerkungen oder Anträge (mit Begründung) zu den vorgesehenen Änderungen von § 5 Absatz 2 und § 7 Absatz 2ter Prämienverbilligungsgesetz (Gleichbehandlung der Eltern unabhängig vom Zivilstand)?

Nein, wir finden es korrekt, wenn verheiratete und Konkubinatspaare gleichbehandelt werden.

Max. 50000 Zeichen

2. Haben Sie Bemerkungen oder Anträge (mit Begründung) zur vorgesehenen Änderung von § 7 Absatz 1 Prämienverbilligungsgesetz zur Verankerung der neuen bundesrechtlichen Vorgaben (Anpassung der Prozentwerte zur Prämienbelastung der 40% einkommensschwächsten Personen)?

Wir sind der Meinung, dass im Gesetz nur so viel vergünstigt werden soll, wie nach Bundesgesetz nötig ist. Aufgrund der nun massiven Erhöhung der IPV-Kosten seitens Gesetzes, sind wir klar der Meinung, dass der Spielraum, den der Regierungsrat in der Verordnung hat somit ebenfalls auf das Minimum beschränkt sein muss.

Max. 50000 Zeichen

3. Haben Sie Bemerkungen oder Anträge (mit Begründung) zur vorgesehenen Änderung von § 7 Absatz 1bis Prämienverbilligungsgesetz (Einkommensgrenze soll neu mindestens dem 75. Perzentil statt dem Median des Reineinkommens Verheirateter mit einem Kind entsprechen)?

Wir sind der Meinung, dass im Gesetz nur so viel vergünstigt werden soll, wie nach Bundesgesetz nötig ist. Aufgrund der nun massiven Erhöhung der IPV-Kosten seitens Gesetzes, sind wir klar der Meinung, dass der Spielraum, den der Regierungsrat in der Verordnung hat somit ebenfalls auf das Minimum beschränkt sein muss.

Max. 50000 Zeichen

4. Haben Sie Bemerkungen oder Anträge (mit Begründung) zur vorgesehenen Aufhebung von § 7 Absatz 5 Prämienverbilligungsgesetz, womit die Voraussetzung einer eingereichten Steuererklärung für einen Anspruch auf Prämienverbilligung wegfallen würde?

Diesen Passus lehnen wir ab. Wir sind der Meinung, dass trotz allem eine Steuererklärung eingereicht werden muss, um die Prämienverbilligung zu bekommen, da die Einreichung der Steuererklärung eine Bürgerpflicht ist.

Max. 50000 Zeichen

5. Haben Sie Bemerkungen oder Anträge (mit Begründung) zur vorgesehenen Änderung von § 8 Absatz 3 und § 10 Absatz 1 Prämienverbilligungsgesetz (Harmonisierung mit dem [Asyl-]Sozialhilferecht)?

Wenn sich durch diese Änderungen keine finanziellen Folgen und keine Praxisänderung ergeben, unterstützen wir diese Änderung.

Max. 50000 Zeichen

Haben Sie weitere Bemerkungen zur Vorlage?

keine

Max. 50000 Zeichen